

**Pfarrer- und Pfarrerinnenverein
in der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern e.V.**

Vorstandsbericht zur Herbstversammlung am 15.10.2018 in Nürnberg

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

zum zweiten Mal darf ich Ihnen und Euch von der Arbeit des Vorstandes berichten. Die brisanten Themen wie auch die Schlagzahl der Debatten haben sich deutlich erhöht. Viele Dinge leiden an ihrer Komplexität, und dann spielt die Hermeneutik eine große Rolle – wer es nicht versteht, ist raus. Nichtsdestotrotz nimmt sich der Hauptvorstand dieser Herausforderungen an, dem ich an dieser Stelle für die engagierte und intensive Meinungsbildung danke. In gleicher Weise möchte ich Ihnen und Euch als Vertrauenspfarrerinnen und -pfarrern für den Input aus den Regionalkonferenzen und vielen einzelnen Gesprächen danken. Diese Informationen und Einschätzungen sind essentiell, um die Belange unseres Berufsstandes gut vertreten zu können.

Der Bedarf an dienstrechtlicher Beratung einzelner Kolleginnen und Kollegen hat sich durchaus erhöht. Gleichzeitig gibt es mit den zuständigen Stellen in der Regel ein lösungsorientiertes Handeln, was sehr wertvoll ist. Dafür danke ich den Mitarbeitenden in den Fachabteilungen des Landeskirchenamtes, und hier in besonderer Weise der Abteilung F, namentlich dem Justiziar Dr. Rießbeck, Oberkirchenrat Völkel für die zurückliegende Zeit und dem neuen Oberkirchenrat Reimers für den vertrauensvollen Beginn der Zusammenarbeit.

Die Arbeit der Pfarrerkommission und die dort verhandelten Themen werden neuerdings wieder in einem eigenen Bericht im Korrespondenzblatt dargestellt, den wir möglichst zeitnah nach der entsprechenden Sitzung veröffentlichen wollen. Die Lektüre lohnt sich!

Daher werde ich mich heute weniger diesen Einzelthemen widmen, sondern in erster Linie auf größere Zusammenhänge schauen.

Die Versorgungsdebatte und ihre Folgen

Wer die Filme von Alfred Hitchcock kennt, weiß um die Spannung, die im eigenen Kopf entsteht, ohne dass die Bilder dies explizit zeigen. In seinem Film „die Vögel“ aus dem Jahr 1963 spielt Hitchcock geschickt mit diesen psychologischen Mitteln. In einer Sequenz sitzt die Hauptdarstellerin Melanie wartend vor einer Schule, der Zuschauer sieht im Hintergrund immer mehr schwarze Krähen, während sie selbst nichts bemerkt. Die Spannung nimmt zu – zieht hier größeres Unheil herauf? Ein Protagonist im Film äußert dann auch dezidierte Endzeitphantasien. Meisterhaft spielt Hitchcock mit unseren Emotionen und Ängsten, die Cineasten haben dafür den schönen Begriff „suspense“ geprägt. Wie gesagt, es bleibt offen, ob es wirklich eine reale Bedrohung gibt.

Ähnlich scheint es sich mit dem in unserer Landeskirche oft gehörten Satz „wir müssen etwas tun“ zu verhalten: Jetzt, wo die Einnahmen auf dem höchsten Stand aller Zeiten sind, müssten wir uns auf einen dauerhaften Niedergang einstellen, der nicht zu verhindern sei. Ob das kommt, warum das kommt, bleibt vage. Es läuft ein Mechanismus ab, wie im Hitchcock-Film – es muss nicht viel gesagt werden – und in den Köpfen entsteht das Bedrohungsszenario. Und dann beschäftigt sich die Kirche, wie so oft, wieder nur mit sich selbst.

Dem gegenüber rief der Journalist Heribert Prantl auf dem diesjährigen Deutschen Pfarrertag in Augsburg die Kirchen zu einer aktiven Rolle in der Gesellschaft auf. Er sehe zwar auch immer weniger gelebte christliche Religion, dafür werde diese aber umso mehr politisiert. Als Reaktion würden jedoch die Werte des christlichen Abendlandes nicht neu erklärt und interpretiert, sondern nur noch, einer leeren Hülle gleich, beschworen. Gerade hier sieht er die Kirchen gefordert, die sich dem gesellschaftlichen Dialog nicht entziehen dürften. Prantl ermunterte die Kirchen, sich wieder auf ihre Rituale zu besinnen, nicht „geizig“ mit dem Segen zu sein und dabei gleichzeitig verständlich von ihrer Botschaft zu reden.

An anderer Stelle wird mit dem neudeutschen Wort „care“ ein immenser Bedarf an seelsorgerlicher Zuwendung in der Gesellschaft formuliert. Interessanterweise stammt diese Einschätzung nicht aus kirchlichen Kreisen, sondern aus der Pflegewissenschaft, der Krisenintervention und der Psychotherapie. Und immer wieder werden die Kirchengemeinden als die Orte benannt, wo der Satz aus Matthäus 11 „kommt her zu mir alle, die ihr mühselig und beladen seid, ich will euch erquicken“, Gestalt gewinnen kann. In der gesamtgesellschaftlichen Diskussion ist das Engagement der Kirchen also durchaus gefragt. Kirchengenge-

meinden haben deshalb auch eine Anziehungskraft: Die Zahl der Kirchenmitglieder ist in Bayern in den letzten 25 Jahren zwar um 10% gesunken, die der Ehrenamtlichen aber um 50% gestiegen!

Solche Wahrnehmungen müssten doch eigentlich beflügeln und motivieren! Durch die verunglückte Versorgungsdebatte ist aber genau das Gegenteil eingetreten, sie hat Diskussionen ausgelöst, die weit über den finanziellen Aspekt hinausgehen und schwer einzuholen sind. Es entstand eine Debatte über den Wert unserer Arbeit, bei der sehr viel unreflektierte Geringschätzung über die betroffenen Berufsgruppen zum Ausdruck kam. Das hat viel Vertrauen zerstört.

Für die weitere Arbeit sollte nicht noch mehr eskaliert werden. Wir wünschen uns eine ehrliche und offene Diskussion. Dazu haben wir die Fakten analysiert und viele Personen bis hin zum Finanzbeirat der EKD befragt. Wir haben zusammengetragen, wie sich die Debatte auf die betroffenen Berufsgruppen und das Arbeitsklima in der Landeskirche auswirkt. Und wir möchten den Fokus auf Fragen richten, die weit drängender sind.

Ich beginne mit dem Blick auf die Finanzen. Hier wurde kommuniziert, dass die Landeskirche durch die übermäßig hohen Versorgungsaufwendungen in eine finanzielle Schieflage zu geraten droht. Daher müssten diese Kosten begrenzt werden. Wir haben aber aktuell ein Allzeithoch der Kirchensteuern und jenseits der konjunkturellen Schwankungen sind trotz zurückgehender Mitgliederzahlen die Einnahmen stets gestiegen. Und der bayerischen Landeskirche geht es vergleichsweise sehr gut. Das ist erst einmal ein Widerspruch. Was stimmt also? Um Antworten zu finden, muss man einige Jahre zurückgehen.

Die Versorgung im Kontext der Gesamtbilanz

Dreh- und Angelpunkt ist die Umstellung der landeskirchlichen Finanzen von der bisher verwendeten „Kameralistik“ auf die sog. „Doppik“. Dabei werden wie in einem Wirtschaftsunternehmen „Bilanzen“ erstellt. Damit sollen auch langfristige Verpflichtungen wie z.B. die der Ruhestandsversorgung dargestellt werden. Nach Erstellung der ersten Bilanz im Jahr 2014 wurde nun eine Deckungslücke bei den Pensions- und Beihilfeverpflichtungen festgestellt. Um hier nach Lösungen zu suchen, wurde von Landeskirchenrat und Landessynodalausschuss ein „gemischte Ausschuss“ eingesetzt. Dieser hat über einen Zeitraum von dreieinhalb Jahren getagt und enorm viel Material gesammelt. Allein die Daten, die auf der letzten Landessynode zur Verfügung gestellt wurden, umfassen 681 Seiten, dazu kommt noch der Abschlussbericht mit 91 Seiten. Auch wenn wir die abschließenden Empfehlungen dieses Ausschusses nicht teilen, sei der Arbeit an dieser Stelle großer Respekt gezollt! Wir haben die Daten nun ausgewertet und uns auch externen Rat geholt. Ebenso haben wir das Gespräch mit der Finanzabteilung und dem Vorsitzenden des synodalen Finanzausschusses, Joachim Pietzcker, gesucht. Sie haben dem Verständnis der Materie gedient und waren sehr offen. Als Ergebnis sehen wir durchaus plausible Zahlen, die jährlich von einem finanzmathematischen Dienstleister aktualisiert werden. Leider sind bei der Darstellung nach außen Formulierungen verwendet worden, die missverständlich waren und für unnötige Unruhe gesorgt haben. Wer sich an die Allgemeinheit wendet, muss die Fachsprache übersetzen, oder geht bewusst oder sogar fahrlässig das Risiko ein, falsch verstanden zu werden. Gut sieht man das an dem Schreiben, das im Frühjahr an alle Bezügeempfänger gegangen ist. Dort war zu lesen:

„Die Aufwendungen der ELKB für die Versorgung (also für die Pensionen und die Beihilfe) der Ruheständlerinnen und Ruheständler, die ihren aktiven Dienst in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis getan haben, sind über die Jahre kontinuierlich gestiegen. In diesem Jahr übersteigen sie zum ersten Mal mit 208 Mio. Euro die Aufwendungen für die Beschäftigten im aktiven Dienst (200 Mio. Euro).“

Wurde hier mit den Emotionen der Betroffenen wie der Entscheider gespielt? In ihren Köpfen blieb hängen: die Ruheständler kosten schon jetzt mehr als die Aktiven und es wird noch viel schlimmer! Joachim Pietzcker hat im Korrespondenzblatt 7/2018 präzisiert, dass es bei den besagten 208 Mio. Euro nicht um die Aufwendungen für diejenigen geht, die schon im Ruhestand sind, sondern um die Rückstellungen für die zukünftigen Pensionsempfänger. In den 208 Mio. Euro wiederum sind 87 Mio. Euro erwartete Zinserträge aus den Rückstellungen enthalten, im Finanzdeutsch als „Zinsaufwand“ bezeichnet. Bilanztechnisch mag das so korrekt formuliert sein, übersetzt heißt das aber, dass für die Versorgungsrückstellungen statt 208 nur etwa 120 Mio. Euro aus Kirchensteuermitteln benötigt werden (inklusive Beihilfe). Auch die Perspektive müsste erweitert werden – es steht ja ein extremer Pfarrermangel bevor. Weniger Aktive bedeuten dann sogar weniger Versorgungsrückstellungen.

Es gibt aber noch einen anderen und viel gewichtigeren Grund, warum die Darstellung der Versorgungsverpflichtungen in der Bilanz zu hinterfragen ist. Die Rechenergebnisse, wie es dazu kommt, sind nach eingehender Einarbeitung in die Materie nachvollziehbar, aber sind die theoretischen Vorgaben dazu richtig? Denn wie eine Versorgung bilanziert wird, ist den Landeskirchen freigestellt, sie müssen aus einer Vielzahl von möglichen Methoden ein Berechnungsmodell auswählen. So geht man jetzt bei uns von einer 100%igen „Ausfinanzierung“ der Versorgungsansprüche aus: Zum Zeitpunkt des Ruhestandesintrittes

müssen 100% der benötigten Mittel vorliegen. Ein von uns konsultierter Wirtschaftsberater hat übliche Werte von 70% Ausfinanzierung genannt. Das sei möglich, weil durch die aktiv Beschäftigten ja ständig neue Mittel in die Versorgungsrückstellungen fließen und nie alles (gleichzeitig) gebraucht wird. Der ganze Topf müsse nur dann vollständig geleert werden, wenn die Kirche das System umstelle und keine neuen Beamtenverhältnisse mehr begründe – oder ihren Betrieb als solchen aufgebe. Andere Körperschaften des öffentlichen Rechtes würden sogar mit 50% arbeiten, insofern sei man mit dem Wert 70% auf jeden Fall auf der sicheren Seite.

Unser Wirtschaftsberater bezieht seine Einschätzung aus der Beratung vieler Landeskirchen. Wir haben erfahren, dass meistens mit dem 70%-Modell gearbeitet wird, das vom Finanzbeirat der EKD favorisiert wird. Selbst konservative Finanzexperten der EKD äußern ihr Unverständnis über den bayerischen Sonderweg. Mit 70% Ausfinanzierung würde die Gesamtbilanz auch soweit entlastet, dass für den regulären Haushalt wieder Spielräume entstehen. Zur Zeit sind hier nahezu alle Mittel gebunden, ein Reagieren auf aktuelle Herausforderungen ist nicht möglich und es ist offen, wie eine Wirtschaftsflaute zu überstehen ist. Gleichzeitig stehen viele Arbeitsbereiche in der Landeskirche schon unter dem Druck, Personal abbauen zu müssen.

Nach Auswertung der Daten und vielen Beratungsgesprächen werben wir für eine Neubeurteilung der finanziellen Gewichtungen in der Gesamtbilanz. Denn selbst bei konservativer Betrachtung sind für die heutigen wie die zukünftigen Aufgaben im Grunde genügend Finanzmittel vorhanden! Und die gegenwärtige Situation liefert keine hinreichenden Gründe, um das Versorgungsniveau anzutasten.

Die ausgelösten Diskussionen

Neben der finanziellen Seite sollte beachtet werden, was mit dieser Diskussion ausgelöst worden ist. Im Hauptvorstand haben wir die Reaktionen gesammelt und insgesamt könnte man durchaus von einem Erdbeben sprechen. Viel unterdrückter Ärger und viele Verletzungen sind zutage getreten, von den Betroffenen, von denen, die über die Betroffenen zu entscheiden haben und von Beobachtern innerhalb und außerhalb der Landeskirche.

Besonders irritiert waren die Ruheständler und ihre Familien, da sie sich für die aktuelle finanzielle Not der Landeskirche verantwortlich gemacht fühlen. Pfarrfrauen war lange eine eigene Erwerbstätigkeit untersagt und von ihnen wurde selbstverständlich erwartet, unentgeltlich in der Gemeinde mitzuarbeiten. Auch wenn mittlerweile klargestellt ist, dass es nicht (oder noch nicht?) um Kürzungen bei den jetzigen Versorgungsempfängern geht – die aktuelle Debatte wird bei den Ruheständlern als Geringschätzung ihrer Lebensarbeitsleistung empfunden und hat oft Verbitterung ausgelöst. Sieht so ein aus dem christlichen Glauben getragenes Generationenmodell aus?

Auch der Nachwuchs sieht kritisch auf die Entwicklung. Wenn man jetzt, in finanziell so guten Zeiten schon in das Besoldungsgefüge eingreift, was passiert dann in der Zukunft? Der „gemischte Ausschuss Versorgung“ ist mit dem Motto „verlässlich in die Zukunft gehen“ gestartet. Mit Sarkasmus wird vom Nachwuchs bemerkt, dass es nun gut 50 sogenannte „Stellschrauben“ gibt, mit denen die Ruhestandsversorgung angepasst werden kann – verlässlich nach unten. Lohnt es sich dann noch, ein langes Studium zu absolvieren, wenn Facharbeiterinnen und -arbeiter mehr verdienen? Wenn Gymnasiallehrerinnen und -lehrer oder Richterinnen und Richter mit vergleichbarer Ausbildung schon in der Erwerbsphase höhere Einkommen und dann auch entsprechende Ruhestandsbezüge haben – und das bei geregelteren Arbeitszeiten, weniger berufstypischen Lebenszumutungen, mehr Aufstiegschancen, keinen verordneten Wechseln, keiner Residenzpflicht ...?

Mit einer Absenkung des Versorgungsniveaus würde man auch aus der Solidarität mit dem öffentlichen Dienst ausscheren. Ein kirchlicher Sonderweg stellt die Durchlässigkeit zu öffentlichen Dienstaufträgen in Frage – z.B. zum Schuldienst, zur Seelsorge in Gefängnissen oder Bundeswehr und Polizei. Und auch zur staatlichen Verwaltung. Lassen sich dann noch hervorragende Juristinnen und Juristen, Verwaltungsbeamtinnen und Verwaltungsbeamte in den Kirchendienst locken? Bis jetzt wurde versucht, sich mehr an staatlichen Rechtssetzungen zu orientieren, um kompatibel zu sein. Und wenn der Staat die Versorgung anpassen würde, weil es wirtschaftlich zu schlecht geht, wäre ein analoges Vorgehen in der Landeskirche leichter zu vermitteln, weil es ja alle betrifft. Nicht zu unterschätzen ist das negative Signal, das die Landeskirche selbst an die staatlichen Träger gibt, wenn sie sich von ihnen abwendet.

Breiten Raum nahm die Diskussion ein, dem Ganzen nur hilflos zusehen zu „dürfen“. So ist der wirtschaftliche Niedergang der Landeskirche eine gut eingeübte Prognose, ohne dass sie je eingetreten wäre. Und schon diese Prognose soll für uns heute Einschränkungen bedeuten! Statt Verlässlichkeit werden hier nur Zweifel und Misstrauen erzeugt. Statt mit uns zu reden, wird über uns „beschieden“. Für die Pfarrbesoldung haben wir in der Vergangenheit in eindrucksvoller Weise bewiesen, wie es auch anders gehen kann. Mit der Aktion „Pfarrer helfen Pfarrern“ wurde in den 80er Jahren der Weg bereitet, den sog. „Pfarrer-

berg“, der damals in den Dienst strebte, auch zu übernehmen. Diese Idee kam aus der Pfarrerschaft und nicht von der Kirchenleitung. Modernes Leitungsverhalten lebt zu einem großen Teil von gelungener Partizipation. Das wünschen wir uns für die Zukunft!

Der formale Aspekt der Debatte

Zu Beginn sollte die Arbeit des „gemischten Ausschusses Versorgung“ transparent sein. Bald wurde zur Vertraulichkeit verpflichtet. Keinerlei Zwischenergebnisse wurden kommuniziert und in die kirchenleitenden Gremien eingespeist. Auch die beiden Vorsitzenden von Pfarrvertretung und Kirchenbeamtenvertretung, die ohne Stimmrecht, teilnehmen durften, wurden zu striktem Stillschweigen angehalten und durften keine Informationen an ihre Gremien weitergeben. Erst kurz vor der Frühjahrssynode wurde vom Landessynodalausschuss beschlossen, die Ergebnisse der Abstimmungen als Vorlage einzubringen und unkommentiert an alle Synodalen zu verschicken. Mit Mühe konnten wir vor der Synode noch eine gemeinsame Stellungnahme der betroffenen Berufsgruppen formulieren. Hier hat sich die gute Zusammenarbeit von Pfarrvertretung und Kirchenbeamtenvertretung bewährt. Allerdings wurde auch deutlich, wie problematisch das Vorgehen von „gemischtem Ausschuss“ und Landessynodalausschuss war. Die Kirchenbeamtenvertretung, die aus Delegierten der Beamtenschaft und zwei eigenen Berufsverbänden (Religionspädagoginnen und Religionspädagogen, Diakoninnen und Diakone) besteht, hatte in der knappen Zeit, die zur Verfügung stand, keine Möglichkeit, alle Mitglieder zu informieren und erst recht nicht, die konkrete Vorlage in der Breite zu diskutieren.

Wir werden uns darum für die kommenden Diskussionen stärker als bisher über die Berufsverbände vernetzen und organisieren. Dazu wurden in einem ersten Treffen Vereinbarungen getroffen: Wir bauen auf den bereits gefassten Beschlüssen auf. Weitere Stellungnahmen gibt es nur nach gemeinsamen Absprachen und Beschlüssen. Einzelverhandlungen von Berufsgruppen soll es nicht geben. Unterschiedliche Settings und Problemlagen der Berufsgruppen werden gemeinsam getragen. Die rechtliche Begleitung und notfalls den Klageweg finanziert der Pfarrerverein für alle Berufsgruppen.

Anfangs war es eine Art „Paukenschlag“ – es wird über einen bestimmt, ohne selbst die Möglichkeit zu haben, etwas zu tun. Aber vielleicht war das auch der Anlass für einen Evolutionssprung, damit Prozesse in Zukunft *mit* den Betroffenen gestaltet werden, statt über ihre Köpfe hinweg. Wir hoffen hier sehr auf den neuen „gemischten Ausschuss“ und darauf, dass die Federführung nun bei der Personalabteilung liegt. Hier scheint ein Bewusstsein entstanden zu sein, dass es um mehr als nur um Finanzfragen geht und dabei in einer gewissen Weise um die Zukunft der Landeskirche selbst. Wir begrüßen in diesem Zusammenhang, dass wir das Rechtsgutachten, das die Landeskirche nun eingeholt hat, bekommen – und im Gegenzug unser Gutachten von Professor Kirchberg in die Arbeit einspeisen können. Der Satz, der mir immer wieder begegnet ist – „man darf die Frösche nicht fragen, wenn man den Sumpf austrocknen will“ – sollte der Vergangenheit angehören. Schließlich ist unsere Landeskirche kein Sumpf. Wir wünschen uns ein stärkeres und konstruktiveres Miteinander, auch und gerade weil uns das Evangelium dazu aufruft.

Profil und Konzentration

Über „PuK“ ist schon viel diskutiert worden, mit herber Kritik und steilen Verteidigungsreden. Über die Form kann man durchaus geteilter Meinung sein: Erschließt man über die Großveranstaltungen in ihrem begrenzten Zeitbudget wirklich die Tiefenschichten der Thematik? Sind die thematischen Arbeitsgruppen in ihrer Arbeit unabhängig genug gewesen? Wird das Projekt am Schluss nicht doch wieder politisch instrumentalisiert bzw. als ideelles Deckmäntelchen für die anstehenden harten Verteilungskämpfe bei der Landesstellenplanung benutzt?

Man kann dieses Nachdenken abkürzen: Natürlich wird versucht werden, „PuK“ politisch zu nutzen. Politik bedeutet ja im Kern Interessensausgleich und man sieht im Intranet schon, wie manche Claims abgesteckt werden. Selbst wenn „PuK“ auf regionaler Ebene neue Ideen geliefert hat, der Basisdienst, der einen schon ausreichend beschäftigt, bleibt und muss mit 10 bis 20% weniger Personal gewährleistet werden. Ist alles dann doch nur ein Strohfeuer?

Über das Projekt ist aber auch vieles zu entdecken, was durchaus zu einem neuen Paradigma werden könnte. So wurden über die flächendeckenden Veranstaltungen auf Pfarrkonferenzen, Dekanatssynoden, über Tagungen für Werke und Dienste sowie auf Fachtagungen riesige Mengen an Daten gesammelt. Vieles davon kann im Intranet eingesehen werden. Die Diskussion, die zum großen Teil über das Korrespondenzblatt geführt wurde, ist dort ebenfalls dokumentiert. Die Fachveranstaltungen sind im Prinzip offen für alle. Diese Offenheit ist neu. Dem Projektteam gebührt für das enorme Arbeitspensum ein großer Dank. Ebenso zu begrüßen ist die begonnene theologische Diskussion. In vielen Gesprächen am Rande des Projektes erlebe ich aber noch deutlichere und pointiertere Aussagen. Oft heißt es dann aber, dass es

sich nicht lohne, diese Beiträge öffentlicher einzubringen, zum Teil auch, weil man negative Folgen befürchtet. Das ist sehr zu bedauern, heißt aber auch, dass es sehr viel unentdecktes Potential gibt! Ich würde mir sehr wünschen, wenn das mehr und mehr zum Tragen käme.

Ich bin nun gespannt, was mit den erhobenen Daten geschieht. Ob mit diesem „Schatz“ gearbeitet wird, ob daraus Konzepte erwachsen, die diskutiert und weiterentwickelt werden und dann auch auf große Akzeptanz stoßen, weil sie pragmatisch und angemessen sind. In den Berichten aus den Arbeitsgruppen und den Infobriefen ist zum Teil ein vorsichtiges Herumtasten zu bemerken, an anderen Stellen spürt man, wie dort politische Positionen verhandelt werden. In dem Dialogprozess an sich liegt eine große Chance. Die vielen Menschen, die jetzt beteiligt waren, sollten sich auch zu den Ergebnissen verhalten können. Wenn nicht, würde, wie so oft, das Gefühl bleiben, sich umsonst eingebracht zu haben.

Vor Ort mag „PuK“ dazu führen, reagibler zu werden, sich im kollegialen Miteinander der eigenen Arbeit zu versichern und im gleichen Zug auch Möglichkeiten zu entdecken, die bis dato noch verborgen waren. Dieses von Freiheit und partnerschaftlichem Miteinander geprägte Nachdenken wird jedoch schnell an seine Grenzen stoßen, wenn man keine Gründe findet, die eigene Position aufzugeben. Im Vorfeld des Projektes wurde immer wieder das „Kirchturmdenken“ als Negativschablone verwendet, welches man selbstverständlich zu überwinden habe. Jeder weiß aber auch, dass das „Eigene“, das Vertraute, die individuelle und überschaubare Gemeinschaft wichtig für die Identität sind. So wird die Wahrheit dazwischen liegen und sehr individuell sein. Hat der „PuK“-Impuls genug Strahlkraft, um organisatorische und verwaltungstechnische Fragen angemessen und sachgerecht in den Griff zu bekommen? Ein Blick auf die kommunale Gebietsreform in Bayern, die vor 40 Jahren abgeschlossen wurde könnte hilfreich sein – was hat sich bewährt, wovon sollte man vielleicht die Finger lassen? An vielen Stellen erscheint mir das bei uns hochgehaltene „Fusionsdenken“ relativ unreflektiert. Dabei haben wir an vielen Stellen einen großen theoretischen wie praktischen Wissens- und Erfahrungsschatz. Mit Matthäus 5 sollten wir unser Licht nicht unter einen Scheffel stellen, sondern es leuchten lassen! Ich bin gespannt!

Unser Profil soll nach außen besser erkennbar sein, dazu sollten wir uns nach innen auf die wesentlichen Dinge konzentrieren. Im aktuellen Projekt wird dabei in erster Linie auf die Strukturen vor Ort gesehen. Diese sind jedoch eingebunden und abhängig von der komplexen landeskirchlichen Organisation. Hier ist zu beobachten, dass – unabhängig von „PuK“ – viele Großprojekte laufen, die mühsam und anstrengend wirken. Wir ermuntern hier die Akteure, auch hier im Stile von „PuK“ den Kontakt und die Resonanz in der „Fläche“ zu suchen!

Nachwuchs

Beide bisher behandelte Themen – Kürzung der Ruhestandsversorgung und das Projekt „Profil und Konzentration“ werden wahrscheinlich eingeholt von der radikal abnehmenden Zahl der aktiven Pfarrerinnen und Pfarrer. Die große Welle von jährlich über 100 Ruhestandsversetzungen beginnt in drei Jahren. In 15 Jahren werden statt der jetzt etwa 2.000 Pfarrerinnen und Pfarrern nur noch die Hälfte davon im Dienst sein. Bei den anderen Berufsgruppen ist der Personalrückgang nicht so stark, aber dennoch signifikant. Insgesamt droht ein erheblicher Personalengpass, der sogar noch größer sein wird als der Pfarrermangel in den 70er Jahren. Dem gegenüber rechnet man in 25 Jahren mit einer Abnahme der Gemeindeglieder um lediglich 10%. Das bedeutet, dass fast das gleiche Arbeitspensum auf viel weniger Schultern lasten wird.

Wir sehen diese Entwicklung als langfristiges Querschnittsthema, das die Erfüllung des kirchlichen Auftrages belasten wird und deshalb ein entschlossenes Reagieren erfordert. Hier hängt vieles zusammen: Wenn so wenige aktive Pfarrerinnen und Pfarrer zu besolden sind, dann erübrigt sich die Debatte um das Versorgungsniveau. Zumal die Ruheständler ein wichtiges Backup für die Aktiven sein werden. Wenn von den Aktiven in der Regel Vertretungsleistungen für andere Gemeinden zu übernehmen sind, dann ist eine effektive Organisation und Verwaltung essentiell. Ein zähes Ringen in den internen Abläufen wie jetzt sollte schnell der Vergangenheit angehören. Wenn es immer weniger Aktive gibt, müssen unbedingt die Gemeinden bei der Bewältigung der Aufgaben mitgenommen werden. Der kirchliche Auftrag verwirklicht sich über die Nähe zu den Menschen, eigentlich nur so. Nichts würde die Gemeinden mehr erodieren lassen als ein Aufgeben dieser Nähe.

Und schließlich sollten wieder mehr Menschen in den kirchlichen Dienst finden. Seltsam dabei ist, dass mir eigentlich nie Kolleginnen und Kollegen begegnet sind, die den Dienst an sich in Frage stellen, auch wenn sie über den „Laden Kirche“ schimpfen. Alle Untersuchungen unter Pfarrerinnen und Pfarrern belegen, dass sie ihr pastorales Tun an sich als sinnvoll und sinngebend erleben. Trotzdem haben wir – bundesweit – mit zu geringen Nachwuchszahlen zu kämpfen. In den Analysen aus dem soziologischen und praktisch-theologischen Bereich wird vor allem die behördliche Zählebigkeit der landeskirchlichen Systeme

me genannt, die in der Phase der Berufsorientierung nicht besonders einladend erscheint. Eine Folge dieser Zählebigkeit ist, dass bis dato der drohende Personalmangel kein wirkliches Thema war. Eher überlegt man dreieinhalb Jahre, wie man die Ruhestandsversorgung kürzen kann. Einige Dinge möchte ich anregen:

- Nachwuchsgewinnung sollte zu einem Top-Thema auf der Agenda werden.
- Ein intensiver Austausch von Studierenden und kirchlichen Entscheidern sollte entstehen. Strategische Leitung sollte generationenverbindend agieren.
- Ausbildungsinhalte sollten von Studierenden wie auch von altgedienten Praktikern analysiert und überprüft werden, Studienordnungen, die verschult wurden, sollten neu gemacht werden – Examina „überholt“.
- Die Berufszufriedenheit sollte repräsentativ erhoben werden (Erste, sehr positive Ansätze finden sich bei der Umfrage zum RU). Die Ergebnisse sollten konsensorientiert diskutiert und ernst genommen werden.
- Werbung für den Pfarrberuf geschieht persönlich. Man darf annehmen, dass dies den Verantwortlichen bewusst ist. Die Frage ist, ob sie hier über ihren eigenen Schatten springen. Vielleicht wird das die schwierigste Diskussion werden.

Es ist sehr zu hoffen, dass die entscheidende Frage der Mitarbeitengewinnung zu einer Priorität im strategischen Handeln der Landeskirche wird. Die Basis dafür sind angemessene und auskömmliche Arbeits- und Einkommensverhältnisse. An dieser Stelle sei auch deutlich gesagt: Nicht nur für unseren Berufsstand, sondern für alle Dienstverhältnisse in unserer Landeskirche!

Verband und Verein

Vom 75. Deutschen Pfarrerrinnen- und Pfarrertag, der vom 17.-19.9.18 in Augsburg stattgefunden hat, greife ich drei thematische Aspekte auf. Vieles mehr von der Tagung, unter anderem auch den Bericht des Verbandsvorsitzenden ist auf unserer Internetseite zu finden.

Die Zukunft der Pfarrertage

Der Kongress an sich stand ja bekanntermaßen unter dem Motto „Religion und Gewalt“. Mit Heribert Prantl für den Hauptvortrag und der Erschließung des Themas mit Exkursionen in der Stadt Augsburg unter dem Motto „was dem Frieden“ dient, ist eine eindrucksvolle Tagung gelungen. Die Resonanz war durchweg positiv und ermutigend. Zwei Drittel der Teilnehmenden kamen nicht aus Bayern, obwohl der Weg in den Süden Deutschlands für viele sehr weit war. Der Pfarrerrinnen- und Pfarrertag war naturgemäß mit einer aufwendigen Vorbereitung verbunden, aber der Erfolg war die Mühe durchaus wert. Auf Verbandsebene wird nun jedoch diskutiert, ob sich dieses „Format“ nicht überlebt habe und ob Pfarrerrinnen- und Pfarrertage in der Zukunft noch die viele Vorbereitung wert seien. Schaut man auf andere Berufe und Branchen, sind Berufs- oder Standeskongresse durchaus nicht „out“, sondern auch immer ein Forum in zweierlei Hinsicht: Zum einen, um am aktuellen Stand von Forschung und Entwicklung teilzuhaben, zum anderen, um politische Fragen zu diskutieren. Beides haben wir auch in unserem Berufsumfeld nötig, vielleicht in der Zukunft nötiger denn je. Schaut man in das Deutsche Pfarrerbblatt, so finden sich dort ausgezeichnete Artikel mit hohem Anspruch. Dieser intellektuelle und akademische Reichtum sollte auch weiterhin durch die Form von bundesweiten Tagungen ein persönliches Forum haben. Zur Weiterentwicklung von Theologie und Pfarrberuf und auch zur Selbstvergewisserung unseres Berufsstandes waren diese Tagungen wichtig und werden sie es auch sein. Insofern werben wir für die Weiterführung und Weiterentwicklung des Konzeptes „Pfarrerrinnen- und Pfarrertag“.

Länger arbeiten

Schon jetzt ist es nach § 87 des Pfarrdienstgesetzes EKD möglich, bei „dienstlichem Interesse“ mit Zustimmung der Betroffenen über die sog. Regelaltersgrenze, die ja schrittweise auf 67 Jahre angehoben wird, bis zu drei Jahre länger zu arbeiten. Mehr ist nicht geregelt. Ab und zu wird diese Möglichkeit in Anspruch genommen, meist für ein Jahr. Das kann gelingen, kann aber auch zu großem Verdross führen, weil das Verfahren nicht geklärt ist. In ungünstigen Konstellationen führt es zu einer Art „Rentnerexamen“, das eine sehr unwürdige Form annehmen kann. Kann ich in der eigenen Gemeinde bleiben? Muss ich meine Eignung erneut nachweisen? Kann ich evtl. schon aus dem Pfarrhaus ausziehen? Kann ich an anderer Stelle Dienst tun? Ist die Verlängerungszeit ruhegehaltstfähig?

Die einzelnen Landeskirchen gehen zur Zeit sehr unterschiedlich mit dieser Basisregelung um. Die EKD plant nun, im November 2019 ein Gesetz zur „Flexibilisierung des Ruhestandes“ zu verabschieden. Schaut man sich andere Modelle aus dem weltlichen Arbeitsrecht an, bedeutet „Flexibilisierung“ in der Regel finanzielle Nachteile. In der Diskussion im Pfarrerverband wurde daher von einigen Seiten deutlich

davor gewarnt, hier zu vorschnell Terrain aufzugeben, das über viele Jahrzehnte mühsam erkämpft wurde. Der Satz „Hilfe – mein Pfarrer ist jetzt 90“ lenkt die Gedanken in eine äußerst problematische Richtung. Vielmehr sollte schon jetzt von Seiten der Pfarrvertretungen aufgrund der geführten Diskussionen an die EKD herangetreten werden. Es müsste deutlich gemacht werden, dass schon eine Regelaltersgrenze von 67 Jahren in Bereiche vorstößt, in denen die Arbeitsfähigkeit bei vielen Menschen eingeschränkt ist.

Vertreter der Ruhestandspfarrerinnen und -pfarrer

Als Nachfolger von Walter Stockmeier hat sich Albrecht Bischoff gewinnen lassen. Er wurde satzungsgemäß in einer Urwahl gewählt und begleitet uns nun im Hauptvorstand. Im nächsten Jahr wird es dann auch wieder eine Ruheständlertagung geben! Ich möchte an dieser Stelle schon einmal danke sagen für sein schnelles Hineinfinden in den oft verwirrenden Themenwust und sein engagiertes Mitarbeiten. Ein Dank gilt auch dem Hauptvorstand, von dem man sagen kann, dass die Summe wirklich mehr ist als die einzelnen „Teile“. Die Breite der Wahrnehmungen und die Ernsthaftigkeit der Diskussionen bereichert die Arbeit und macht uns handlungsfähig. Corinna Hektor als erster Vorsitzender gebührt ein besonderer Dank – für ihr schier unendliches Wissen, für ihr politisches Gespür – und für ihre Kollegialität.

Ihnen und Euch als Vertrauenspfarrerinnen und -pfarrer und den anwesenden Mitgliedern wünsche ich viel für ihren Dienst Kraft, Mut und Geduld – und Gottes Segen!

Daniel Tenberg
2. Vorsitzender